

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Dresden 1688
Verlag: R. S. 22.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Witten.

Postfachkonto: Dresden 1688
Miszelle: Riesa, Nr. 52.

N. 9.

Freitag, 11. Januar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 5. bis 11. Januar 1924 90 Pfg. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Druckzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Mellemzeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verdrückt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Achtung! Unterhaltungsbeiträge "Erzähler an der Wiege". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gabelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Heilmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der Separatistenführer Heinz-Orbis erschossen.

Im Ganzen 5 Tote.

|| Spener. Mittwoch abend 9 Uhr ist, wie von uns bereits gestern gemeldet, der Führer der pfälzischen Separatisten, Guisebinder Heinz aus Orbis bei Kirchheimbolanden, im Hotel Wittelsbacher Hof von einem Unbekannten erschossen worden.

|| Frankfurt a. M. Aus zuverlässiger Quelle verläutet, daß bei dem Anschlag im Wittelsbacher Hof in Spener außer Heinz-Orbis ein gewisser Weis, Sand, Weigl und Hühner getötet sowie mehrere Personen, darunter ein gewisser Villenthal schwer verletzt wurden. Die Getöteten waren der "Frankfurter Zeitung" zufolge alle Führer der pfälzischen Separatisten.

|| Spener. Zur Ermordung der Separatisten in Spener ist folgendes zu berichten:

Heinz-Orbis wurde in dem Augenblick von der Kugel getroffen, als er auf den Hof: Hände hoch! von seinem Platz aufstehen und die Hände erheben wollte. Die Kugel traf ihn in den Hinterkopf, worauf er lautlos zusammenbrach. Die vier außer Heinz Angehörigen wurden erst im Krankenhaus. Einer der Hotelgäste wurde durch einen Schuß in den Mund, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt; ein anderer Gast, der, ohne zu wissen, wenn die Schüsse galten, durchs Fenster entkommen wollte, erlitt einen Schuß, der glücklicherweise nur seinen Rock durchlöcherete. Das Vorgehen der Mörder trat außerordentlich überraschend. Es wird erzählt, daß zwei von ihnen sich schon vorher an den Tisch gesetzt hatten, an dem Heinz Platz genommen hatte und daß sie sich mit ihm und seiner Umgebung eine Zeit lang unterhielten. Kaum hatten sie sich aus dem Saal zurückgezogen, so öffnete sich die Tür; vier oder fünf junge Männer, die unheimlich kaltschlächtig vorgingen, riefen: Hände hoch! und gaben sofort Schüsse ab. Ein anderer ihrer Mitarbeiter, der ebenfalls einen Revolver hochhielt, schaltete unmittelbar nach Abgabe der Schüsse den elektrischen Zentralschalter aus, so daß die Täter, die die Schüsse abgeben hatten, unerkannt und unbefähigt im Dunkeln entkamen. Augenzeugen erzählten, daß jene keine Mäntel oder Kopfbedeckung getragen haben. Man hörte draußen kein Geräusch eines davonfahrenden Autos. Unter den Gästen befand sich auch ein französischer Offizier und ein englischer Pressevertreter. Kurz nach der Tat kamen einige weitere Führer der Separatisten in den Wittelsbacher Hof, darunter Wien und Schütz-Cypert, welche letzterer sich kurz vorher noch an dem Tisch von Heinz angeschlossen hatte. Diese nahmen sofort die Untersuchung auf und verhörten die Anwesenden. Auch wurden die französischen Genarmeerie und die deutsche Polizei verständigt, die sofort mit den Erhebungen begannen.

Nach diesem Bericht, der sich auf Aussagen von Augenzeugen stützt, stimmt die Darstellung der separatistischen Pressestelle, wonach die Täter im Hausflur und auf der Straße noch weitere Unbeteiligte erschossen haben, mit den Tatsachen nicht überein.

|| Paris. Was verbreitet über die Ermordung des Separatistenführers Heinz folgende Meldung aus Mainz: Heinz-Orbis wurde abends 9.30 Uhr in einer Wirtschaft in Spener ermordet in dem Augenblick, als er das Essen einnehmen wollte. Es erschienen plötzlich drei Männer, riefen Hände hoch und feuerten. Heinz stürzte zu Tode getroffen zu Boden. Die Täter flüchteten, ihre Persönlichkeiten konnten nicht festgestellt werden. Die Polizei und die Befehlshaber der Gendarmen haben Hausdurchsuchungen in der ganzen Stadt veranstaltet. Die Automobile, die die Stadt verlassen, werden von Patronen durchsucht.

|| London. Der Sonderberichterstatter der "Times" in Spener gibt eine eingehende Schilderung der Ermordung des Separatistenführers Heinz, die sich in seiner Gegenwart abspielte. Danach stiegen abends 9 Uhr 15 Min., als der Berichterstatter mit etwa 30 anderen Personen in einem Zimmer des Wittelsbacher Hofes saß, plötzlich eine Anzahl Schüsse. Drei Personen, die an einem Tisch genau gegenüber dem Berichterstatter saßen, sanken durch den Kopf getroffen zu Boden. Diejenigen, die geschossen hatten, riefen den Gästen zu, daß sie unbefehigt sein könnten, das Hotel aber nicht vor Ablauf einer Viertelstunde verlassen dürften, und daß die Aktion sich gegen die Separatisten richte. Nach kurzer Zeit trafen Gendarmen und deutsche Polizei, Separatistentruppen und französisch-afrikanisches Militär im Hotel ein und nahmen eine Untersuchung aller Anwesenden vor. Es kam zu keiner weiteren Störung. In der Stadt herrscht Ruhe. Bisher sind keine Verhaftungen vorgenommen worden. Auch vor dem Hotel wurden drei Verletzte gefunden.

Deutsche Bürger als Geiseln.

|| Zweibrücken. Als Geiseln für die Ermordung des Leiters der Regierung der autonomen Pfalz" Heinz wurden gestern Nacht festgenommen: Oberregierungsrat Dr. Pöhlmann, Direktor Dr. Lehmann, Oberlandesgerichtspräsident Wibel, Staatsanwalt König, Bürgermeister Gühring, Amtsrat Müller und Justizassessor Wibel. Nachts wurde von den Separatisten eine strenge Waffentrolle ausgeübt.

Die Täter in den eigenen Reihen?

|| München. Zu dem Attentat auf Heinz-Orbis wird der Korrespondenz Hoffmann mitgeteilt: Aller Wahrscheinlichkeit nach sind die Täter in den Reihen der Separatisten selbst zu suchen. Schon seit langer Zeit bestanden unter den Separatisten starke Strömungen gegen Heinz-Orbis und die separatistische Regierung, die ihren Hauptgrund in der Nichtauszahlung der versprochenen Löhne an die Mannschaften des separatistischen Rheinlandheeres und um verschiedene

Verhaftungen von protestierenden Angehörigen der Truppen hatten. Die Unzufriedenheit hatte sich in letzter Zeit hart geäußert. Verschiedene von Separatisten ausgeführte Drohungen lassen darauf schließen, daß von den Separatisten schon seit längerer Zeit eine Abrechnung mit Heinz-Orbis und seinen Genossen geplant war.

Protest gegen die Regierung der Hoherräter.

|| Spener. Die Vertreter der pfälzischen Städte und der pfälzischen Wirtschaftskreise erschienen gestern nachmittag bei General De Metz. Sie sprachen über die Weigerung über die Militat aus, erhoben aber gleichzeitig Protest gegen die sogenannte autonome Regierung und tritten dem General mit, daß sie heute in Koblenz bei der Rheinlandskommission ihren Einpruch wiederholen werden.

Die Stellungnahme des Reichskabinetts.

|| Berlin. Wie verlautet, ist das Reichskabinett gestern abend zur Beratung der Vorkommission in der Pfalz zusammengetreten.

Verbot der Wahlkontrolle.

Der Militärbefehlshaber hat folgende Verordnung erlassen:

Um die Freiheit der Wahl bei den Gemeindevahlen im Freistaat Sachsen am 13. Januar zu gewährleisten, verordne ich im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. September 1923 und meiner eigenen vom 27. September 1923:

Verboten ist jede Maßnahme gegenüber einem einzelnen Wähler, die geeignet ist, die Nachprüfung zu erschweren, ob er von seinem Wahlrecht Gebrauch gemacht hat. Verboten ist z. B. die Ausübung von Kontrollgängen an bestimmte Wähler sowie die der Kontrolle dienende Abkempfung oder sonstige Kennzeichnung von Kontrollzetteln, Mitgliedsbüchern oder sonstigen Urkunden.

Tagegen dürfen innerhalb des Wahlraumes Mitglieder der einzelnen Parteien sich aufhalten, die auf Grund der in ihren Händen befindlichen Wahlzettel oder Umschläge oder Ausdrücken von Wählern eine Kontrolle über die Wahlberechtigung vornehmen.

Zu widerhandlungen, Anforderungen und Anordnungen dazu werden noch Artikel 4 der Verordnung vom 26. September 1923, sofern die betreffenden Gesetze keine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark bestraft.

Dresden, den 10. Januar 1924.

Der Militärbefehlshaber: Müller, Generalleutnant.

General v. Seekt zum Versammlungsverbot.

Wie von zuständiger Seite verlautet, hat General v. Seekt vor einiger Zeit Richtlinien bezüglich der Genehmigung von Versammlungen erlassen. Danach sind Versammlungen unter freiem Himmel in der Regel zu verbieten. Versammlungen in einem geschlossenen Raum sind anmeldspflichtig; sie sollen verboten werden, wenn es sich um verbundene Organisationen handelt oder wenn eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung befürchtet werden muß. Abgeordnete sollen im allgemeinen an ihren Wählern sprechen dürfen. Geschlossene Mitteilungsveranstaltungen sind zu gestatten, außer für verbundene Organisationen; eine Anmeldepflicht besteht für diese geschlossenen Versammlungen im übrigen nicht.

Die französisch-belgische Antwortnote.

|| Paris. Nach dem "Petit Parisien" besteht die Antwortnote, welche der deutschen Regierung auf die Denkschrift vom 24. Dezember heute oder morgen überreicht werden soll, aus einem Vorwort sowie einer eingehenden Beantwortung aller aufgeworfenen Fragen. Im allgemeinen hält die französische wie die belgische Regierung die Herbeiführung eines modus vivendi im Rheinlande und im Ruhrgebiet für möglich und wünschenswert, aber die beiden Regierungen erklären, daß sie der Föderalpolitik vom 11. Januar v. J. keinen Abbruch tun lassen können. Was die Aufhebung der Abzinsen für den Wirtschaftsverkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet Deutschlands anbetreffe, so sei die französische Regierung nicht weniger als die belgische entschlossen, diese Forderung abzulehnen. Das Wesentliche liege jedoch nicht darin, was die beiden Regierungen ablehnten oder billigten, sondern darin, daß die beiden Noten in einem Geiste gehalten seien, der die Fortsetzung der Beratungen zwischen Paris und Brüssel einerseits und Berlin andererseits ermöglichte.

|| Brüssel. Nach der Dorniere Heure wird die belgische Antwort auf die deutsche Note vom 24. Dezember heute Donnerstag dem deutschen Gesandten in Brüssel überreicht werden. Nach der Independance belge stellt die belgische Antwort ein langes Schriftstück von 15 Seiten dar. Ihr Wortlaut werde möglicherweise im letzten Augenblick noch einige leichte Änderungen erfahren.

Der Beamtenabbau und seine Ergebnisse.

|| Berlin. Wie gemeldet wird, wurden bisher rund 54 000 Beamte auf Wartegeld gesetzt. Die Ersparnisse an Personalansgaben werden auf 88 Millionen Goldmark veranschlagt.

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung für unbedenklich erachtet, wenn der Reichstag mit der Wahrnehmung der ihm zustehenden Rechte bei der Durchführung der Personal-Abbau-Verordnung den Sparausfluß beauftragt, doch sei es nicht anmaßlich, die Mitwirkung eines Reichs-

landtagsausschusses durch eine Verordnung der Reichsregierung festzulegen, vielmehr sollen dem Reichstag die erforderlichen Schritte überlassen bleiben.

Die Amtseinführung des Ministers Müller.

Dresden. Am Mittwoch vormittag führte Ministerpräsident Heide den neu berufenen Minister des Innern in sein Amt ein. Minister Müller wies in einer kurzen Ansprache an die Beamten seines Ministeriums auf die großen Schwierigkeiten hin, die er in seiner Amtsführung finden werde und ersuchte die Beamten, ihm ihre Unterstützung anzubieten zu lassen. Zahl der republikanischen Verfassung werde der oberste Grundsat seiner Amtsführung sein und er bitte die Beamten, ihm auch hierin nach besten Kräften ihre Hilfe anzuwenden zu lassen. Ministerialdirektor Dr. Schulze blieb dem Minister willkommen. Auch die Beamten seien durchdrungen von der Ueberzeugung, daß der Minister der großen, seiner harrenden Schwierigkeiten nur durch die Mitarbeit der Untergebenen Herr werden könne. Aber alle ihm unterstellten Beamten seien auch gewillt, das Beste zu tun, um diese Schwierigkeiten zu weichen.

Stinnes über die Reparationsreaktion.

|| Paris. Guo Stinnes gemahnte in Mühlheim an der Ruhr einem Sonderberichterstatter des Journal des Debats eine Unterredung, in der er die ihm den Plan der Begleichung der Reparationen durch Sachlieferungen und seine Auffassung der künftigen deutsch-französischen Beziehungen entwickelte. Die Verträge mit der Weimarer, die einen Anfang darstellten, liefen darauf hinaus, daß die Ruhr-Industriellen mit einer Schuld belastet würden, welche das Reich als Ganzes empfinden habe. Die Ruhrindustrie habe nicht die Möglichkeit, anteils des Reiches die Reparationen zu zahlen. Sie länden weiter keine Gelder, weil die Grenzen des Staates, zu dem sie gehören, nicht höher seien. Bis zum 15. April 1924 müsse ein ehrliches und zuverlässiges Abkommen zustande kommen, das der Wirtschaft Rechnung trage, sonst müßten die Ruhrbetriebe die Arbeit einstellen. Deutschland könne nicht an Frankreich übermäßig große Summen zahlen. Die tatsächliche Möglichkeit liege in der Bezahlung durch Sachlieferungen. Man müsse die Leistungsfähigkeit und die Vermögensmöglichkeit der empfangenden Länder feststellen. Er rate, daß die Regierungen zunächst unter sich den Betrag der Leistungen in Annuitäten festlegen. Diese Zinsen seien in Goldmark zu berechnen und die vereinbarten Annuitäten durch 20- oder 30-jährige Verträge zwischen den Industrieländern der Länder zu decken. Die Lieferungen seien den deutschen Industrieländern von der Reichsregierung zu bezahlen. Die Sachlieferungen würden an die Industriellen Frankreichs usw. gehen, die einen entsprechenden Teil an ihre Regierungen abzuführen hätten. Diese Beträge müßten in einem Sonderbudget für Reparationen getrennt werden. Darüber hinaus könnten noch gewisse Steuern zu Reparationszwecken Verwendung finden. Er sei überzeugt, sobald Deutschland und Frankreich untereinander einig vor Amerika hinstreten werde es zwischen Amerika und Frankreich oder zwischen Deutschland und Amerika keine anderen Schwierigkeiten zu bereiten geben. Die Zeit dränge. Man werde die Wahl haben zwischen der Bezahlung der gegenwärtigen Forderungen durch einen neuen Krieg und durch neue Plänen oder, wie seine Bemühungen bezweckten, durch ein zuverlässiges Abkommen zwischen zwei Ländern, die nicht immer und ewig Feinde bleiben könnten.

Deutschlandhilfe durch das englische Volk.

|| London. "Times" veröffentlicht einen Aufruf zur Abwendung der Not in Deutschland, der von einer großen Zahl hervorragender Persönlichkeiten unterzeichnet ist, darunter von Asquith, Ramsay MacDonald, Lord Balfour, General Smuts, Arthur Henderson, Professor Keynes, Sir George Paish, S. G. Wells, Miss Margaret Bondfield und Lady Vonham Carter sowie von zahlreichen Behörden. In dem Aufruf heißt es, Kälte, Hunger und Verzweiflung übermächtig große Teile des deutschen Volkes im besetzten und unbesetzten Gebiet. Während des ganzen Jahres habe im Ruhrgebiet und Rheinland Arbeitslosigkeit geherrscht und zu diesem Stand sei jetzt noch der allgemeine industrielle Zusammenbruch hinzugekommen, der zur vollständigen oder teilweisen Schließung von Fabriken geführt habe mit darauf folgender allgemeiner Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland. Die deutschen Arbeiter ständen ebenso wie der deutsche Mittelstand hoffnungslos der Armut gegenüber. Anstrengende Bemühungen zur Behebung der Not seien von der zentralen Regierung und den örtlichen Regierungen gemacht worden, auch private Einrichtungen und Einzelpersonen bräuchten edelmütige Hilfe, aber angesichts der Größe der Not seien diese Anstrengungen ungenügend. Die britischen Organisationen hätten aus erster Hand Beweise der allgemeinen Leiden und Entbehrungen, die so schwer seien, daß sie sich gezwungen fühlten, diese Tatsachen bekanntzugeben. Es könne nicht angenommen werden, daß das britische Volk, was auch immer seine Anteilnahme über die Ursachen dieser Katastrophe sei, unbewegt bei Seite stehen und zu schauen werde, wie Frauen und Kinder sterben. Ein dringender Appell sei mehr als gerechtfertigt trotz der Not auch in England; obgleich die Statistik unvollständig seien, sei der Prozentsatz der Arbeitslosen weit größer in Deutschland als in England.

An der Verwaltung der infolge dieses Aufrufs einzufenden Mittel nehmen teil die Quakergesellschaft, der Save Children Fund, der Universitätsauschuß, die Gesellschaft für Beförderung, der Verein zur Abwendung der Not in Deutschland und der britische Rat der Weltallians zur Förderung der Freundschaft durch die Kirchen.